

DIE LINKE

Liste

SOLIDARITÄT

AUS DEM INHALT:

Gaspreise runter	S. 2
Flughafen	S. 2
Rüsselsheim 2020	S. 3
Keine Chance für Suez-Eurawasser	S. 3
Meilensteine Grüner Politik	S. 3
Solidarische Gesellschaft	S. 4
Gleiche Bildungschancen für alle	S. 4

WAHLZEITUNG FÜR DIE KOMMUNALWAHL AM 26. MÄRZ 2006

Für ein soziales Rüsselsheim

Es hat sich vieles verändert im neuen Jahrhundert. Die großen Glücksversprechen, durch mehr Wettbewerb und „freien Markt“ den allgemeinen Wohlstand zu steigern und Demokratie zu fördern, erweisen sich als haltlos. Rüsselsheim ist dafür nur ein besonders krasses Beispiel. Aus einem Arbeiterdorf entstanden wuchs die Stadt nach dem Krieg in kürzester Zeit von 15.000 auf 60.000 EinwohnerInnen an. Arbeitsplätze gab es „beim Opel“ und Opel verdiente gut an der Automobilkonjunktur. Opel baut heute zwar immer noch Autos, aber die negativen Folgen des globalen Wettbewerbs treffen mit voller Wucht Werk und Stadt.

Heute ist die Zahl der Beschäftigten rückläufig, die letzte Entlassungswelle trägt erheblich zur Arbeitslosigkeit in der Region bei und dank der unternehmerfreundlichen Steuergesetze erhält die Stadt Rüsselsheim von Opel z.Zt. keinen Cent Gewerbesteuer. Der frühere Reichtum verkehrt sich in das Gegenteil, obwohl die Stadt Rüsselsheim nach wie vor zu den produktivsten in Hessen gehört. Das hier erarbeitete Vermögen reicht allemal aus, die sozialen und kulturellen Bedürfnisse in der Stadt zu befriedigen. Wer also behauptet, die RüsselsheimerInnen würden über ihre Verhältnisse leben, der führt die Menschen in die Irre.

Statt nun mit allem Nachdruck die in unserer Gesellschaft herrschende ungerechte Vermögensverteilung, die Zunahme von privater und öffentlicher Armut oder die Erpressungspolitik von General Motors zu kritisieren, setzen SPD, CDU, FDP und Grüne voll auf Konzepte, die Rüsselsheim in Konkurrenz zu den Nachbarkommunen bringen. Durch einen ex-

trem niedrigen Gewerbesteuerbesatz versucht sich die Stadt Vorteile bei der Gewerbeansiedlung zu verschaffen. Auch die Kultur und Bildungspolitik wird vor allem unter dem Gedanken der „Standortsicherung“ betrachtet.

Haushaltskonsolidierung aus eigener Kraft ist eine Illusion

SPD, CDU FDP und Grüne pflegen den Glauben, die Stadt könne die durch die Steuerverweigerung von General Motors verursachte Haushaltslücke durch Sparmaßnahmen und effizienteres Wirtschaften schließen. Doch das ist nicht der Fall, denn die von Opel einst angezogenen ArbeitnehmerInnen leben immer noch in Rüsselsheim, sie brauchen die soziale Infrastruktur der Stadt, sie brauchen Schulen, Kindertagesstätten und Weiterbildung, sie brauchen Lehrstellen, Altentagesstätten und Beratung. Und selbst wenn alle sozialen und kulturellen Einrichtungen auf ein Minimum reduziert würden, könnte die Finanzierungslücke im Haushalt nicht geschlossen werden.

Große Kluft zu den Menschen

Dass Sparen an Bildung, Kindertagesstätten, Kultur und öffentlichen Dienstleistungen die Zukunft mehr belastet als der immer wieder beschworene Schuldenberg wird den Menschen zunehmend bewusst. Zum Entsetzen der etablierten Politik stießen das „Zukunftssicherungsprogramm“ genannte Sparpaket und die der geplante Teilverkauf der Stadtwerke an Suez/Eurawasser auf massive öffentliche Ablehnung. SPD, CDU, FDP und Grüne stehen vor dem Problem, dass sie für ihre neoliberale Politik keine Mehrheit in der Bevölkerung haben. Sie versuchen daher ihre Konzepte unter möglichst langer Geheimhaltung (wie beim Teilverkauf der Stadtwerke und beim Konsolidierungsprogramm 2002) zu entwickeln und dann nach der Devise von Machiavelli: „Tue Grausames schnell“ durchzusetzen oder fehlende eigene Überzeugungskraft durch den Einkauf teurer Gutachten zu ersetzen. Demokratie und BürgerInnenbeteiligung bleiben dabei auf der Strecke.



Wer Solidarität will, muss links wählen!

Liebe Rüsselsheimerin, lieber Rüsselsheimer!

Am 26. März haben Sie die Wahl zwischen sechs konkurrierenden Parteien bzw. Listen. Viele von Ihnen werden die Entscheidung vor dem Hintergrund der Politik der vergangenen fünf Jahre treffen. Es waren sehr bewegte Jahre für die Stadt in denen SPD, CDU, Grüne, Liste Rüssel und auch FDP wiederholt mit ihren politischen Vorhaben am Protest und Widerstand der Menschen gescheitert sind.

In den Wochen des Wahlkampfes werden sie aber alles daran setzen, durch Plakate, Hochglanzbroschüren und Presseerklärungen vom Scheitern ihrer Politik abzulenken. Der Versuch, die Eichgrundschule zu schließen, die Borngrabenschule auf das Gelände der Dürerschule zu packen, die Horte zu schließen und die Arbeitsbedingungen in den Kindertagesstätten zu verschlechtern soll ebenso in Vergessenheit geraten, wie der geplante Teilverkauf der Stadtwerke oder die Schließung von Jugendhäusern und Altenheimen in den Stadtteilen.

Die WählerInnen sollen die Fehler vergessen

Vor allem SPD und Grüne wollen ihre politischen Fehler vergessen machen. Die SPD wirbt in ihrem Wahlprogramm nicht nur mit Einrichtungen, die es nicht mehr gäbe, wenn sie in den vergangenen fünf Jahren ihre Politik ungehindert hätte durchsetzen können, sie spricht sich heute auch gegen

einen möglichen Verkauf des Stadtkrankenhauses aus. Bei so viel Annäherung der SPD an linke Positionen wollen auch die Grünen nicht nachstehen und eröffnen sich die „Option“, bei anziehender Konjunktur den Gewerbesteuerbesatz wieder zu erhöhen. Ohne den Druck von unten und ohne die linke Konkurrenz in der Stadtverordnetenversammlung durch die Liste Solidarität wäre dieser Sinneswandel kaum denkbar. Der einzige Garant dafür, dass SPD und Grüne auch nach der Wahl zu dem stehen, was sie heute zu Papier bringen, ist eine starke linke Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung.

Wie wichtig den Menschen Solidarität in einer von Wettbewerb, Egoismus und Konkurrenz geprägten Welt ist, sieht man auch daran, dass die Rüsselsheimer Grünen mit dem Slogan werben „Solidarität macht stark!“ Ob sie damit die Solidarität meinen, die in den vergangenen Jahren die Durchsetzung ihrer falschen Politik verhindert hat, ist fraglich. Wir sagen deshalb mit allem Nachdruck:

Wer wirklich Solidarität will, muss am 26. März links wählen!

Unsere KandidatInnen für den Kreistag

Die Rüsselsheimer Wahlinitiative „Die Linke/Liste Solidarität“ unterstützt bei der Kreistagswahl die Wahlliste „Die Linke/Offene Liste“. Wir sind auf dieser Liste mit folgenden RüsselsheimerInnen vertreten: Marianne Flörsheimer, Dr. Andreas Schwarz, Yeter Ayboga, Prof. Dr. Werner Müller, Karl-Heinz Schneckberger, Heinz-Jürgen Krug, Arthur Weger, Martina Friedmann, Michael Brücks und Heinz König. Spitzenkandidatin Marianne Flörsheimer, gelernte Erzieherin und Dipl. Sozialpädagogin war Anfang der 90er Jahre Ortsvorsitzende, Mitglied des Kreisvorstands und Landtagskandidatin der Grünen, von 1993 bis 1997 Stadtverordnete im Rüsselsheimer Stadtparlament für die fNEP. Eine Wahl in den Kreistag würde eine enge Verzahnung der Arbeit in Rüsselsheim und im Kreis zur Folge haben, die bei vielen Entscheidungen von Bedeutung sein kann. Besonders die Verlagerung des Rüsselsheimer Sozialamts in die Zuständigkeit des Kreises und die Verantwortung des Kreises für die „Hartz IV“-EmpfängerInnen (wobei sich die mit Abstand größte Dienststelle in Rüsselsheim befindet) erfordern ein koordiniertes Vorgehen bei der Abwehr des fortschreitenden Sozialabbaus.

Deshalb: Wählen Sie bei der Kreistagswahl Liste 6 DIE LINKE.OFFENE LISTE!



Liste 6

Gaspreise runter!

Zum 1. Januar 2006 hat die Gasversorgung Rüsselsheim GmbH die Gaspreise um durchschnittlich 13,2% erhöht. Diese Preiserhöhung ist bereits die zweite Anhebung innerhalb eines Jahres. Schon zum 1. Februar 2005 waren die Preise um durchschnittlich 5,9% erhöht worden. Eine weitere Steigerung wird nun bereits für April 2006 angekündigt.

In immer mehr Städten gründen Kunden Bürgerinitiativen und wehren sich gemeinsam gegen diese Entwicklung. Vor allem das gebetsmühlenartige Runterleiern der sogenannten Ölpreisbindung bringt die Gasverbraucher in Rage. Nachdem das Bundeskartellamt auf die Unzulässigkeit von langfristigen Lieferverträgen in Verbindung mit der Ölpreisbindung hingewiesen hat, werden jetzt andere Gründe für die hohen Gaspreise genannt. Nun soll es die enorme Nachfrage auf dem Energiemarkt sein, die die Gaspreise nach oben schnellen lässt.

Energiekonzerne machen Riesengewinne

Die Wut von immer mehr Menschen richtet sich gegen die Energiekonzerne, die an der Tankstelle, beim Strom und beim Gas an der Preisspirale drehen. Sie entziehen damit dem Konsum zig Milliarden Euro und schaden der gesamten Volkswirtschaft. Millionen Verbrauchern wird von einem knappen Dutzend Monopolkonzernen täglich tief in die Tasche gegriffen. Der einzige Zweck der Übung: Riesengewinne einfahren. Bereits nach dem dritten Quartal hat allein Deutschlands größter Energiekonzern, die E.ON AG, verkündet, dass der Rekordgewinn von 2003 übertroffen wurde. Laut Zwischenbilanz vom 10. 11. 2005 beläuft sich der Überschuss auf satte 6,4 Mrd. Euro. Er stammt je zur Hälfte aus dem Verkauf von Konzernteilen (Viterra, Ruhrgas Industries) und aus den höheren Energiepreisen.

Als wirksamer Hebel gegen die Preistreiberei der Gaskonzerne erweist sich der § 315 BGB, der für den Verbraucher bei einseitiger Preisfestsetzung durch den Versorger die Möglichkeit eröffnet, die Billigkeit der Preiserhöhung zu überprüfen.

Öffentliche Diskussion über Gaspreise

Wir missbilligen die drastische Erhöhung der Gaspreise. Wir werden die Verärgerung und Empörung der Bürger aufnehmen und über Möglichkeiten besserer politischer Kontrolle und politische Protest-Aktionen nachdenken. Es darf nicht sein, dass die dauernden Preiserhöhungen von wenigen Aufsichtsratsmitgliedern genehmigt werden, ohne dass es eine breite Diskussion zur städtischen Energieversorgung gibt. Die durch privatrechtliche Ausgründungen schon jetzt kaum zu kontrollierende Geschäfts- und Preispolitik der Gasversorgung Rüsselsheim GmbH zeigt, wohin das Konzept einer privatisierten Gasversorgung führt oder führen kann. Grundgesetz und Energiewirtschaftsgesetz verpflichten die Energiekonzerne auf das Gemeinwohl. Deshalb fordern wir eine transparente Preispolitik und verbrauchergerechte Preise.

Wir fordern:

- Rücknahme der Preiserhöhung vom 1.1.2006!
- Offenlegung der Gaspreis-Kalkulation!
- Nachweis der Billigkeit der Gaspreissteigerung!
- Keine weiteren Preiserhöhungen ohne Offenlegung der Kalkulation!

Arthur Weger

Weitere Informationen und Musterbriefe findet man auf folgender Website:
<http://www.gaspreise-runter.de>

Kinderüberraschung statt Lärmtaler

Als im Anschluss an die große Wahl Ende letzten Jahres die Qual der großen Koalition folgte, da musste das Fußvolk der Parteien bei Laune gehalten werden. Die sich Sozialdemokraten heißen haben dazu nicht nur ihren neuen großen Vorsitzenden aufgebieten. Eingeladen zum SPD-Landesparteitag Ende November in der Rüsselsheimer Köbel-Halle waren auch die Airport-Manager aus der

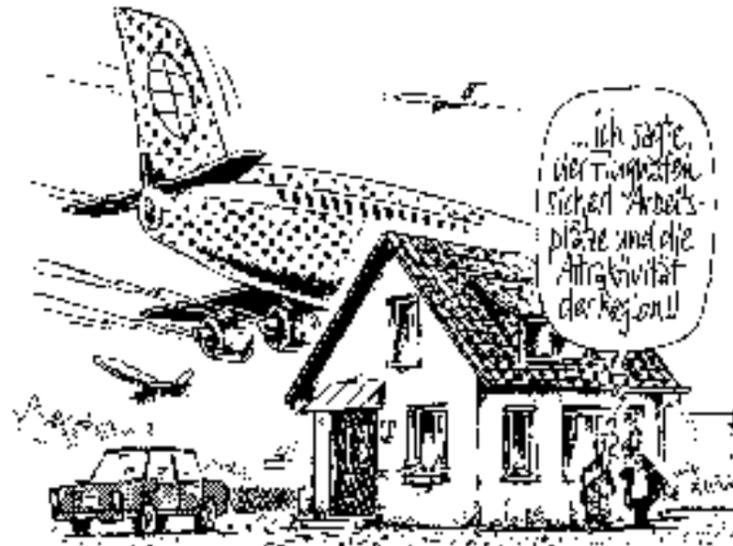
schaft zum Flughafen kräftig ramponiert. Es gingen dort auf einen Schlag weit über 500 Arbeitsplätze verloren. Der texanische Computer-Konzern DELL zog mit seiner Deutschland-Zentrale von Langen in das „Main-Airport-Center“ am Flughafen. DELL wollte, so Bürgermeister Pitthan, aus dem bisher genutzten Gebäude im Langener Monza-Park raus, weil es nicht klimatisiert ist. Dem Unter-

Flughafen zum Job-Motor gar der ganzen Nation hochstilisieren wollten.

Im gleichen Maße wie Rürup, Hujer und Konsorten haben sich auch die Manager von Airbus verrechnet. Der Airbus A380 erweist sich derzeit als nicht praxistauglich. Die Tragflächen halten nicht, was die Flugzeugbauer versprochen haben. Zudem müssen auf Grund der mächtigen Wirbelschleppen die Abstände der nachfolgenden Flieger so groß bemessen sein, dass der Fraportsche Koordinationsseckwert (über 80 Starts und Landungen pro Minute) zu schrumpfen droht. Von den abgedeckten Häusern im Raunheimer Stadtgebiet erst gar nicht zu reden. Im September letzten Jahres wurden für die Werftanlagen im Süden des Flughafens mehrere Dutzend Hektar Wald umgemacht und in eine Mondlandschaft verwandelt. Außer Vetterwirtschaft und Korruption wird dort nichts mehr blühen.

Es wird in den kommenden Auseinandersetzungen um die beabsichtigte Flughafenerweiterung nicht ausreichen, dass drei Aktivisten von Robin Wood die Baumwipfel besetzen. Wir kommen in den nächsten Monaten in eine Phase, in der Ablehnung und Protest nicht mehr delegiert werden können. Die Menschen müssen in der nun folgende Phase zusammenfinden, um der Zerstörung ihrer Lebenswelt einen entschiedenen Widerstand entgegen zu setzen.

Roger Treuting (Bürgerinitiative gegen eine Flughafenerweiterung/für ein Nachtflugverbot)



Nachbarschaft. Und die Amigos von Fraport spielten der Jahreszeit angemessen mal den Nikolaus und brachten den Genossinnen und Genossen säckeweise schoko-gefüllte Advents-Kalender mit. An den kommenden 24 Tagen im Dezember durften sich die Kleinen und Aller kleinsten und mit ihnen Mama und Papa dann an den Segnungen des Flughafens laben.

Wie der Flughafen Arbeitsplätze in der Region vernichtet

Ganz dringend müssen die lieben Onkels von der Fraport in Langen vorbeischaun und dort einem Kindergarten den Spielplatz bezahlen oder dem örtlichen Fußballverein einen neuen Satz Trikots spendieren. Seit Mitte vergangenen Jahres ist die gute Nachbar-

nehmen wurden drei Angebote unterbreitet, innerhalb von Langen umzuziehen. Die Airport-Manager waren mit einem besseren Angebot zur Stelle: zwei Jahre mietfrei und danach eine Miete von 8 EUR pro qm in ein Gebäude, das seit seiner Fertigstellung vor etwa zwei Jahren weitgehend leer gestanden hatte. So läuft die feindliche Übernahme von Arbeitsplätzen aus dem Umland durch den Moloch Flughafen.

Von Sensitivitätsanalysen und Wirbelschleppen

Diesen harten Realitäten der Marktwirtschaft sind dann selbst Sensitivitätsanalysen nicht gewachsen. Das ist einer der statistischen Taschenspielertricks, mit dem die Wirtschaftsweisen den



Es war einmal – Eine Pappelallee am Main

Seit mehr als 80 Jahren wird das Rüsselsheimer Mainvorland geprägt von einer majestätischen Pappelallee. Vor etwa 15 Jahren musste diese erneuert werden. Was wäre schützenswerter als diese Pappelallee? Weit gefehlt! Trotz des Protestes von BUND und der Liste Solidarität wurden die Pappeln bis auf wenige Exemplare in einer Hau-Ruck-Aktion gefällt – übrigens mit Akzeptanz der Rüsselsheimer Grünen. Die restlichen Bäume hebt sich das Grünflächenamt wahrscheinlich für das „Jahr der Schwarzpappel“ 2006 auf. Und wie so oft in Rüsselsheim musste das altbekannte Argument erhalten: Die Pappeln

sind brüchig und nicht mehr stand-sicher und das nach gerade mal 15 Jahren! Die abgesägten Baumstümpfe belegen das Gegenteil. Da fragt man sich doch, was ist der wahre Grund für eine solche Aktion?

Manfred Ockel, Ex-Umweltamtleiter Rüsselsheim, jetzt u.a. Vorsitzender der Regionalpark Rhein-Main Südwest GmbH (wird von der Fraport AG finanziert), hat für Rüsselsheim Geld „locker gemacht“ für eine „Planung“, die weder in einem städtischen Gremium beraten noch beschlossen wurde, geschweige denn mit der Bevölkerung diskutiert wurde: Verlegung,

Verbreiterung und Asphaltierung des Weges und Anpflanzung von Eschen und Linden-Bäumchen, die in den nächsten Jahrzehnten erst noch Bäume werden müssen. Ein Gestaltungsplan wird laut Ockel erst noch erstellt. Erst werden einmal Fakten geschaffen und die Pappeln abgeholt. Scheinbar glauben die Rüsselsheimer Verantwortlichen, so billig zu einer allerdings überflüssigen Neugestaltung zu kommen und überlassen dafür die Gestaltung eines wichtigen Rüsselsheimer Naherholungsgebietes dem Fraportableger Regionalpark GmbH. Die Linke / Liste Solidarität nimmt das Landschaftsschutzgebiet Mainvorland ernst und fordert die Wiederaufforstung der alten Allee mit Säulenpappeln.

Karl-Heinz Schneckenberger

Kein weiterer Verkauf von Schulhofflächen

Auf die Unterstützung der Wahlinitiative „Die Linke/Liste Solidarität“ kann der Stadelternbeirat bei seinem Votum gegen jeden Verkauf von Schulgelände rechnen. Die Auseinandersetzung um den Verkauf von Schulgelände zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung hat durch die Diskussion um die Abtrennung eines Teiles des Schulhofes der Albrecht Dürer Schule erneut Aktualität gewonnen. Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim vertritt immer noch die Auffassung, dass diese Maßnahme durch die rückläufige Zahl der Schülerinnen und Schüler zu rechtfertigen sei.

Die Liste Solidarität hat immer wieder darauf hingewiesen, dass der Wert von Schulgelände nicht an versicherungsrechtlichen Mindeststandards gemessen werden darf. Kinder haben heute einen größeren Bewegungsdrang und wenn Schulen ein Stück Lebensraum werden sollen, dann kann es eigentlich keine Flächen geben, die nicht sinnvoll genutzt werden können. Außerdem darf nach Auffassung der Wahlinitiative „Die

Linke/Liste Solidarität“ eine quantitative und qualitative Weiterentwicklung von Schulen in der Zukunft nicht kurzfristigen Überlegungen zur Haushaltskonsolidierung geopfert werden. Im Falle des Schulhofes der Dürer Schule kommt noch hinzu, dass er auch nachmittags von den Kindern des Stadtteils genutzt wird. Eine Verkleinerung würde die ohnedies beengten Spielräume in Hassloch Nord noch weiter beschneiden. Schulgelände ist Gemeineigentum und keine Verfügungsmasse zur Haushaltskonsolidierung. Für die Liste Solidarität gilt: Der Beschluss des Stadelternbeirates ist vernünftig und sollte allen politisch verantwortlichen zu denken geben.



Studie „Rüsselsheim 2020“ - Was wir von Herrn Rürup zu erwarten haben

Oberbürgermeister Gieltowski hatte seine Silvesterrakete bis zum Neujahrsempfang des Gewerbevereins aufgehoben. Dort zündete er sie und die leuchtenden Sterne Rürup, Hujer und Hessen-Agentur erscheinen am düsteren Finanzhimmel Rüsselsheims. Diese Koryphäen der Beraterszene (man kennt jedenfalls den Namen Rürup) werden mit der Studie „Rüsselsheim 2020“ der Stadt den Weg in eine strahlende Zukunft zeigen. Schön wär's. Gut möglich ist, dass am Ende nur Herr Rürup strahlt, denn sein Geldbeutel wird um einiges voller sein.

Nachdem die Berater, nach jahrzehntelangem Wirken in den Privatunternehmen nun den Staat und öffentliche Verwaltungen als lukrativ zu beratende Kunden erschließen und privatwirtschaftlich umgestalten helfen, schwappt die Beraterwelle jetzt vom Bund, über die Länder in die Kommunen und jetzt auch nach Rüsselsheim.

Wer sind die Berater?

Berater sind nicht neutral und unabhängig. Sie arbeiten selbst für Privatunternehmen, die auf höchst mögliche Gewinnerzielung orientiert sind. Der globale Markt z. B. wird von 4 Firmen beherrscht, die 500 000 Mitarbeiter beschäftigen mit einem Jahresgeschäftsvolumen von 55 Milliarden Dollar (2003). Die politische Ausrichtung liegt damit auf der Hand. Eine dieser 4 Beraterfirmen heißt Ernst und Young. Mitarbeiter dieser Firma berieten die Rüsselsheimer Stadtwerke in Punkto Teilprivatisierung. Ernst und Young kassierte für das geplante Geschäft mindestens 200.000 Euro. Die Firma ist im Vorstand des CDU-Wirtschaftsrates vertreten und leistete gute Dienste bei den Kohl'schen „schwarzen Kassen.“! Neutral? Unabhängig?

In Rüsselsheim versucht man erst gar nicht den Eindruck zu erwecken, dass es sich bei der Studie

„Rüsselsheim 2020“ um eine neutrale handeln wird. OB Gieltowski betont vielmehr, dass „man auf einen Sachverständigen der Wirtschaft“ zurückgreift. Aber die Wirtschaft ist ja in dem Beratergremium selbst vertreten. Opel beteiligt sich nicht nur an der Arbeitsgemeinschaft, sondern finanziert das Ganze auch noch mit - und das sicher nicht aus Großzügigkeit. Für Opel ist damit garantiert, dass seine Interessen in der Studie voll zum Tragen kommen. Das Gutachten soll nach den Worten des OB „die Potentiale unserer Stadt in ihrer Gesamtheit betrachten“ und „soll das Tor zur Zukunft aufstoßen und die richtige Strategie für unsere Wirtschafts- und Stadtentwicklungspolitik erbringen.“ Doch die Stadt betreibt ja nun nicht erst seit jetzt Wirtschafts- und Stadtentwicklung. Von einem verantwortlichen Magistrat sollte man eigentlich annehmen können, dass er sein politisches Handeln nach einer Strategie ausgerichtet hat, die das alles beinhaltet.

Eine Meinung wird zur Wahrheit

Auch Herr Rürup wird mit seiner Beratung nicht erreichen können, dass endlich die überfällige Gemeindesteuerreform zustande kommt, die den Gemeinden wieder den nötigen finanziellen Spielraum verschafft. Auch wird er nicht erreichen können, dass sich das Gewerbegebiet „Blauer See“ schneller mit Firmen füllt. Leider! Da Herr Rürup dem konservativen Lager der Wirtschaftsexperten zuzurechnen ist, ist absehbar, dass das Gutachten nach dem Strickmuster neoliberaler Wirtschaftspo-

litik erstellt wird. Und das bedeutet: Privatisierung, Stellenabbau, Leistungskürzungen und stärkere Belastungen für die Bürger. OB Gieltowski deutet es schon an: Herr Rürup „scheue keine unbequemen Wahrheiten“. Das suggeriert, es gäbe keine anderen Mög-



Norbert Walter, Deutsche Bank, 7.2.2005:
„Wir müssen, nachdem der Sozialismus der DDR überwunden wurde, den westdeutschen Sozialismus überwinden, damit wir die Zukunft gewinnen können.“

lichkeiten als die des Herrn Rürup. Eine Meinung wird zur Wahrheit.

Das heißt im Klartext: Will man unbequeme Maßnahmen durchsetzen (mit Vorliebe gleich nach der Kommunalwahl) holt man sich einen möglichst bekannten Berater, dessen Ergebnisse sich mit den Zielen des Auftraggebers decken und die dann als die, kritische Fragen und Widerstände wegweisende, Wahrheit verkauft werden. Im entwickelten Neoliberalismus ist es Aufgabe der Berater dabei zu sein, wenn Illusionen geweckt werden sollen, wenn lokale Projekte im Wettbewerb der Standorte euphorisiert werden müssen und wenn die örtlichen „Eliten“ gefeiert werden wollen.

Bleibt abschließend festzustellen, die Studie „Rüsselsheim 2020“ wird die Stadt einiges kosten und der Effekt für die Stadt und vor allem für die Bürger ist sehr zweifelhaft.

Karl-Heinz Schneckenberger

Keine Chance für Suez/Eurawasser in Rüsselsheim

„Die Teilprivatisierung der Stadtwerke ist ein Skandal!“ Mit dieser Pressemitteilung brachte die Liste Solidarität die Meinung vieler Rüsselsheimer im November 2005 auf den Punkt und eine Welle des Protests ins Rollen. Nach einjähriger geheimer Vorbereitung verkündete der Magistrat den Stadtverordneten in geschlossener Sitzung seine Absicht 49% der Anteile an den Stadtwerken (Wasser, Gas, Strom) an eine Tochtergesellschaft des transnationalen Suez-Konzerns zu verkaufen.

Ein „starker Partner“ musste angeblich her und Geld sollte in die städtischen Kassen gespült werden. Der „starke Partner“ Suez wies in seiner Bilanz 2002 Schulden von 26 Milliarden Euro aus. Er wurde in den letzten Jahren rausgeworfen aus Grenoble, Atlanta und Potsdam, er setzte sich ab aus Manila und Buenos Aires.

Ein Bündnis aus Attac, DGB, evangelischer Pfarrstelle für gesellschaftliche Verantwortung, ver.di Südhessen und Aktionsbündnis gegen Sozialabbau recherchierte nicht nur die Tatsachen über weltweite Erfahrungen mit Privatisierungen von Wasserversorgung und Stadtwerken sondern organisierte auch eine Informations- und Protestveranstaltung.

Nachdem auf dieser Veranstaltung Dr. Werner Rügemer (wissenschaftlicher Beirat von attac) und Frank Kürschner-Pelkmann, (Wasserexperte von „Brot für die Welt“) eindringlich und mit vielen Beispielen vor der Privatisierung warnten und sich mehr als 70 der Anwesenden spontan zur aktiven Unterstützung eines Bürgerbegehrens entschieden, traten SPD und Magistrat zwei Tage später den Rückzug an.

Eine wichtige Rolle spielte dabei sicherlich der mit 97% erfolgreiche Bürgerentscheid gegen die Teilpri-

vatisierung der Stadtwerke in Mühlheim am Main am Sonntag davor. Zwar hatten SPD, Grüne und CDU, die die Privatisierung zunächst gemeinsam befürworteten, die Augen vor den weltweit schlimmen Erfahrungen mit Privatisierungen der Wasserversorgung verschlossen. Aber diesem letzten Beispiel in einer Kette von mehreren Dutzend erfolgreichen Bürgerbegehren und –entscheiden mussten sie zusammen mit der Entschlossenheit des Protestes vor Ort doch in Rechnung stellen.

Ein Grund zur Freude ist das gewiss. Und die Erkenntnis nimmt zu, dass Privatisierungen nicht die versprochenen Effizienz- und Wohlstandsgewinne bringen, sondern auf Dauer in fast allen Fällen zu sinkender Qualität und Sicherheit bei höheren Preisen, weniger Arbeitsplätzen bei schlechteren Arbeitsbedingungen, zur Vernachlässigung ökologischer Kriterien und zu fehlender demokratischer Kontrolle führen. Da aber weder der Appetit des Kapitals auf profitable Anlagemöglichkeiten noch der Druck der - politisch bewusst herbeigeführten - „leeren öffentlichen Kassen“ so bald nachlassen werden, ist mit weiteren Versuchen zur Privatisierung von Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu rechnen.

Die Linke/Liste Solidarität wird ein zuverlässiger Bündnispartner für alle BürgerInnen und Organisationen sein, die sich für eine öffentliche Daseinsvorsorge unter demokratischer Kontrolle engagieren.

Heinz-Jürgen Krug



Liste 6

Lohnerhöhungen und Mindestlohn sind das Gebot der Stunde

Der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung zeigt einen alarmierenden Absturz der Arbeitseinkommen und eine skandalöse Zunahme der Gewinn- und Vermögenseinkommen.

Die Bundesregierung prognostiziert zwar für das laufende Wirtschaftsjahr eine Erhöhung des Volkseinkommens um 42 Milliarden Euro, doch sollen nach deren Vorstellungen die abhängig Beschäftigten davon nur zwei Milliarden erhalten.

Während für die Arbeitnehmerinnen eine Zunahme von nur 0,2 Prozent vorausgesagt wird, erwartet die Bundesregierung ein Wachstum der Gewinn- und Vermögenseinkommen um 7,2 Prozent. Dabei befindet sich der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen bereits seit fünf Jahren auf einem dramatischen Sturzflug. Und das nicht nur im

Verhältnis zu den Profiten. Im vergangenen Jahr sanken die Arbeitnehmerentgelte sogar absolut, nämlich um ein halbes Prozent, während die Gewinn- und Vermögenseinkommen um 6,1 Prozent zulegten.

Das Siechtum der Arbeitseinkommen betrifft die Arbeitslosen und Rentner noch mehr als die Beschäftigten, weil das Zurückbleiben der Löhne hinter der wirtschaftlichen Entwicklung die sozialen Sicherungssysteme austrocknet. Deshalb verdienen die anstehenden Tariffkämpfe die Unterstützung all derjenigen, die nicht von der Explosion der Gewinn- und Vermögenseinkommen profitieren. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes zur Verhinderung von Armutslöhnen steht dabei genau so auf der Tagesordnung wie die Abwehr geplanter Arbeitszeitverlängerungen im Öffentlichen Dienst und anderswo.

Meilensteine GRÜNER Kinder- und Jugendpolitik 2001 - 2005

- Streichung der internationalen Jugendarbeit.
- Reduzierung der Mittel für die Kinder- und Jugendberufshilfe
- Wegfall des Spielmobils als städtische Leistung.
- Schließung Kinderhaus Innenstadt.
- Schließung Kinderbereich Königstädten.
- Schließung Jugendzentrum Berliner Viertel.
- Personalreduzierung in der Jugendpflege sowie bei verschiedenen Angeboten.
- Beendigung des Projektes „Integration ausländischer Jugendlicher in Vereinen“.
- Es sind ca. 6 Stellen in der Jugendpflege eingespart.
- Reduzierung der Gesamtöffnungszeiten der Kindertagesstätten.
- Nichtbesetzung von Stellen in der Kindertagesstättenverwaltung.
- Reduzierung des Personals in der psychologischen Beratungsstelle der Kitas.
- Schließung des Schwimmbades.
- Abbau des Kinder- und Jugendprogramms im Theater.
- Stellenabbau in der Stadtbücherei mit entsprechenden Folgen für die HauptnutzerInnengruppe Kinder und Jugendliche, Schulen und Kitas.
- Abgabe des Sozialamtes an den Kreis.
- Verschlechterung des Betreuungsstandards und der Ausstattung der Betreuungsschulen.
- Nichtbesetzung von diversen Stellen in der Allgemeinen Jugendhilfe und der Jugendgerichtshilfe (hier wird das sogenannte Rüsselsheimer Projekt gefährdet).
- Abschaffung des Projektes Täter- Opferausgleich in der Jugendgerichtshilfe.

Dagegen steht die Schaffung einer persönlichen ReferentInnenstelle für den GRÜNEN Dezernenten.

Der schwere Weg in eine solidarischen Gesellschaft

Der Begriff Integration wird dem Anliegen, um das es geht, immer weniger gerecht. Integration ist ein von der Politik und von den Medien zunehmend verunstaltetes Modewort. Man kann es auch als Unwort betrachten, da es das Ziel, welches wir uns gesetzt haben, nämlich das solidarische, gleich-

Deutschen sind aufgefordert mit den MigrantInnen zu kommunizieren. Auf Menschen zuzugehen und zu kommunizieren ist wichtig um sein Gegenüber zu verstehen. Durch Verständigung entsteht Verständnis und Vertrauen.

Vollständige Akzeptanz und Gleichberechtigung der Einwanderer und ihrer Nachkommen kann realisiert werden, wenn ein gleichberechtigtes Geben und Nehmen zwischen „Alteingesessenen“ und „Einwanderern“ stattfindet. Eine Ethnisierung bei gesellschaftlichen Problemen verhindert auch die Gleichberechtigung zwischen „Alteingesessenen“ und „Einwanderern“, da somit das Anderssein immer im Bewusstsein der MigrantInnen und ihrer Nachfahren vorhanden sein wird. Die fehlende Chancengleichheit im Bildungswesen ist kein spezifisches MigrantInnenproblem, es ist ein soziales Problem. Wie aus der PISA Studie bekannt ist, ist der Bildungserfolg von der sozialen Herkunft abhängig. Hier versagt das deutsche Schulsystem, dass es nicht integrativ ist sondern selektiv. Wir stehen hier vor allem einem sozialen Phänomen gegenüber.

Rechtliche Rahmenbedingungen erschweren vielen nicht-deutschen Staatsbürgern das Leben in Deutschland. Das seit 1.1.2005 geltende manchmal fälschlicher Weise auch als Zuwanderungsgesetz bezeichnete neue Aufenthaltsgesetz, das ja das Leben der MigrantInnen erleichtern sollte, hat alle Abwehr-, Ausweisungs-, Abschiebe- und Strafregelungen des bisherigen Gesetzes übernommen und noch einige Verschärfungen hinzugefügt. Die Familienzusammenführung ist erschwert worden, das Nachzugsalter ist auf 12 Jahre gesenkt worden.

Die politische Partizipation der MigrantInnen ist ein weiterer wichtiger Faktor für die Gleichberechtigung der MigrantInnen und ihrer Nachverfahren. Das allgemeine Wahlrecht für alle Einwohner und Einwohnerinnen der BRD, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, sollte zumindest auf kommunaler Ebene eingeführt werden. Die politische Partizipation der MigrantInnen symbolisiert den Willen zur Schaffung einer gleichberechtigten solidarischen Gesellschaft. Yeter Ayboga



berechtigte Zusammenleben aller Bewohner und Bewohnerinnen dieses Landes und die Herstellung der sozialen Gerechtigkeit für alle nicht bezeichnet. Viele MigrantInnen stehen diesem Wort ablehnend gegenüber, da es in der Öffentlichkeit immer wieder als Synonym für Assimilation gebraucht wird. Die Anpassung unter dem einseitigen Verzicht auf die eigene kulturelle Identität ist aber nicht förderlich um das Zusammenleben aller Menschen in einem Raum zu fördern. Wichtig ist es einen Begriff zu finden, der das Unwort Integration ersetzt. Dieser Begriff sollte deutlich machen, dass es um alle Menschen in der Gesellschaft geht, unabhängig von der nationalen bzw. ethnischen Zugehörigkeit. Es soll ein Konzept einer solidarischen Gesellschaft entstehen, mit dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit.

Die Rolle der Sprache

Zwangsmaßnahmen sind abzulehnen. Niemand soll gegen seinen Willen zu einer Handlung gezwungen werden. Einerseits kann der Erwerb der deutschen Sprache nur auf freiwilliger Basis geschehen. Bei Nichterfüllung mit Sanktionen zu drohen, wie z.B. Ablehnung der Aufenthaltserlaubnis, Kürzung von Leistungen, ist nicht förderlich für ein friedliches Zusammenleben der verschiedenen Kulturen. Andererseits ist die Fähigkeit die deutsche Sprache zu beherrschen nicht ausreichend, um eine wirkliche Kommunikation zwischen den Menschen in Deutschland zu erreichen. Die

Für gleiche Bildungschancen aller Rüsselsheimer Kinder!

Im Sommer des vergangenen Jahres wurde der neue Schulentwicklungsplan der Stadt Rüsselsheim verabschiedet und wie zu erwarten war, stellen insbesondere SPD und Grüne in ihren Wahlprogrammen Inhalte und Ziele dieses Planes als einen großen politischen Erfolg dar. Die SPD geht sogar so weit zu behaupten, dass ihre vorausschauende Schulpolitik auf durch die PISA-Studie deutlich gewordene Mängel bereits lange vor der Studie einging. Die Linke / Liste Solidarität ist jedoch der Auffassung, dass die drängenden Fragen und Probleme von Schule und Bildung in Rüsselsheim von SPD und Grünen ebenso wie von CDU und FDP weggewischt werden.

Das dreigliedrige deutsche Schulwesen im internationalen Abseits

In der Stadt Rüsselsheim spiegelt sich geradezu exemplarisch die deutsche Bildungsmisere. Ein kurzer Blick nach Finnland und Schweden unterstreicht die Dramatik: Erwerben in Deutschland ca. 35% eines Jahrganges die Hochschulreife, so sind dies in Schweden ca. 75% und in Finnland ca. 90%.

Verantwortlich für das schlechte Abschneiden Deutschlands bei internationalen Schulleistungstests ist nach weitgehender Übereinstimmung internationaler Fachkräfte neben den geringen Bildungsinvestitionen das in hohem Maße selektierende dreigliedrige Schulwesen. Während Finnland und Schweden in den 60iger und 70iger Jahren des vergangenen Jahrhunderts ihr Schulwesen radikal umgebaut und flächendeckend Gesamtschulen eingerichtet haben, Noten erst ab der 6. Klasse (Finnland) bzw. der 8. Klasse (Schweden) gegeben werden, werden in Deutschland - und hier insbesondere im CDU registierten

Hessen - die Selektivität verstärkt und Noten- und Prüfungsdruck verschärft.

Die Rüsselsheimer Schulstruktur benachteiligt die Kinder aus Hassloch Nord, Berliner Viertel und Dicker Busch

Die von SPD und Grünen in ihren Wahlprogrammen gepriesene schulpolitische „Vielfalt“ ist vor diesem Hintergrund alles andere als positiv zu bewerten, sie spiegelt vielmehr die deutsche Misere. Da die Kinder aller sozialer Schichten und Nationalitäten von Geburt an gleich intelligent sind, muss es mehr als nachdenklich stimmen, wenn im Schuljahr 2003/2004 von der Eichgrundschule 60,3 %, von der Otto Hahn Schule 53 % aber von der Goetheschule lediglich 32,7 %, der Schillerschule 29,5 % und der Georg Büchner Schule 21,7% auf ein Gymnasium wechseln. Diese Daten unterstreichen, selbst wenn sie vorsichtig und abgeschwächt interpretiert werden, die hohe soziale und ethnische Selektivität der Rüsselsheimer Schulstruktur.

Die Schulen in Deutschland und in Rüsselsheim sind immer noch defizitorientiert. Gymnasien können SchülerInnen, die nicht funktionieren, an die Realschule abschieben, Realschulen können an

Gesamt- oder Hauptschulen verweisen und von dort aus geht es im Zweifelsfall zur Förderschule. Die gegliederte Schulstruktur erniedrigt unsere Kinder und Jugendlichen zu Mängelwesen. Der Grundsatz jeder humanen Pädagogik, dass Kinder und junge Menschen erst einmal zu akzeptieren sind, dass kein Kind beschämt werden darf, dass jedes Kind etwas kann, gilt im dreigliedrigen Schulwesen nicht. Die einzige Leistung, die es wirklich hervorbringt, ist die Vorbereitung auf die entsolidarisierte Ellbogengesellschaft.

Es gibt in Rüsselsheim erfreuliche Ansätze, z.B. die Schulsozialarbeit und die Parteien schmücken sich jetzt vor der Wahl damit. Die wirklich heiklen Fragen, die unter anderem auch an den Bildungsprivilegien der Mittelschicht rütteln, werden von SPD und Grünen tunlichst ausgeklammert und die CDU-Schulpolitik steht ja ohnedies für die Verteidigung von Bildungsprivilegien. Eine wirklich zukunftsweisende Bildungspolitik muss aber auch in Rüsselsheim das frühe Verteilen der Kinder auf Haupt-, Realschulen und Gymnasien mit Nachdruck kritisieren und Auswege aus der Sackgasse des gegliederten Schulsystems entwickeln.

Bernd Heyl



Rüsselsheims Jugend braucht Perspektiven

Hunderte von Jugendlichen verlassen jedes Jahr die allgemein bildenden Schulen in Rüsselsheim und suchen einen Ausbildungsplatz. Für viele endete dies in den letzten Jahren, obwohl sie ausbildungsreif waren, mit einem Misserfolg, da nicht genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen.

Die Folgen sind, dass immer mehr Jugendliche in Maßnahmen der Arbeitsagentur oder in der Werner-Heisenberg-Schule auf eine Lehrstelle warten. Dies sind je nach Zählweise 10-30 % der Schulabgänger. Die Folge: Frustration!

Die Jugendlichen sind frustriert. Sie erhalten trotz guter Zeugnisse, Bewerbungstraining, aktiver Bewerbungsbemühungen usw. keinen Ausbildungsplatz. Die schlechten Perspektiven der Jugendlichen erschweren die Arbeit in den Maßnahmen und in der Schule. Viele Jugendliche driften ab und werden demotiviert.

Was tut die Stadt?

In turnusmäßig veranstalteten Runden Tischen zur Ausbildungssituation wird das Problem dargestellt. Die Akteure jammern, der Handwerksmeister klagt darüber, dass die Auszubildenden sich nicht schon so verhalten wie ein Facharbeiter, die Stadt sagt, dass kein Geld da sei, die Arbeitsagentur verweist auf Vorgaben und knappe Mittel, die Schule beklagt die mangelnde Motivation der Jugendlichen usw. Im Ganzen eine enttäuschende Veranstaltung in der jeder versucht den schwarzen Peter möglichst an andere weiter zu geben. Das Grundproblem, der Mangel an Ausbildungsplätzen, wird nicht angegangen.

Was wollen wir?

Die berufliche Schule braucht zur Unterstützung der Jugendlichen

dringend SchulsozialarbeiterInnen. Wesentlich wichtiger ist jedoch die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze.

Zur Finanzierung könnte ein kommunaler Fond „Berufliche Zukunft Rüsselsheim“ geschaffen werden. Dieser Fond sollte aus Mitteln der Arbeitsagentur, der Beruflichen Schule und einer Abgabe aller Gewerbetreibenden in Rüsselsheim

DIE LINKE Liste SOLIDARITÄT

(z.B. Erhöhung der Gewerbesteuererhebesätze) gespeist werden. Weiterhin müssen die Stadtverwaltung und die städtischen Betriebe ihre Ausbildungskapazitäten ausweiten.

Auch die berufliche Schule mit ihrer Ausstattung muss für Vollausbildungen genutzt werden. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge muss die Ausbildungsquote ein entscheidendes Kriterium werden; wer nicht ausbildet, bekommt keine öffentlichen Aufträge!

Ralf Becker

Im Bundestagswahlkampf hat die Rüsselsheimer Liste Solidarität die Wahlinitiative für die Linkspartei unterstützt. Das Zusammengehen verschiedener Gruppierungen links von SPD und Grünen stößt auf großes Wohlwollen und wir unterstützen – wenn auch ohne Euphorie – diesen Prozess. Deshalb tritt die linke Rüsselsheimer Wahlinitiative am 26. März 2006 unter dem Namen „Die Linke / Liste Solidarität“ an.

Sie möchten mehr über die Linke / Liste Solidarität erfahren?

Das Programm und die aktuellen Erklärungen finden Sie im Internet unter

www.liste-solidaritaet.de

Kontaktadresse: **Heinz-Jürgen Krug,
Dr. Ludwig-Opel-Straße 59,
65428 Rüsselsheim**